

NZZ am Sonntag

Ukraine

Europäer müssen einen Gang zulegen bei der Militärhilfe

Für Europa und die Ukraine ist die Wahl des Republikaners Mike Johnson zum Sprecher des Repräsentantenhauses ein Alarmsignal. Johnson folgt der Rhetorik des Trump-Lagers, gemäss der amerikanische Steuergelder nicht für die militärische Unterstützung der Ukraine, sondern besser für die Abwehr von Migranten an der Grenze zu Mexiko und für billigeren Treibstoff an Tankstellen verwendet werden sollten. Die Argumentation ist unsachlich, aber die Europäer haben wenig Mittel, sie zu beeinflussen. Europa muss der Wahrheit ins Auge sehen: Mindestens für die nächsten zwölf Monate, bis zu den Wahlen im November 2024, ist die Hilfe der USA im grössten Krieg in Europa seit 1945 nicht mehr sicher. Die Europäer müssen nun Waffen und Munition liefern – noch mehr und noch schneller. Tun sie es nicht, ist die Ukraine verloren. Dann hat Wladimir Putin gewonnen. Können die Europäer aber die USA militärisch ersetzen? Das scheint auf absehbare Zeit unmöglich. Dennoch hat Europa gezeigt, dass es Gegensteuer geben kann: Es hat die USA bei der Gesamtmenge der Hilfszusagen an die Ukraine überholt und bei militärischen Lieferungen fast eingeholt. Europa übernimmt Lasten. Je mehr es dies tut, umso leichter wird es, die Republikaner zu überzeugen, dass die USA doch weiter einen Teil der Ukraine-Hilfe schultern sollten. *Markus Bernath*

Bundesrat

Die Grünen schalten in den Oppositionsmodus

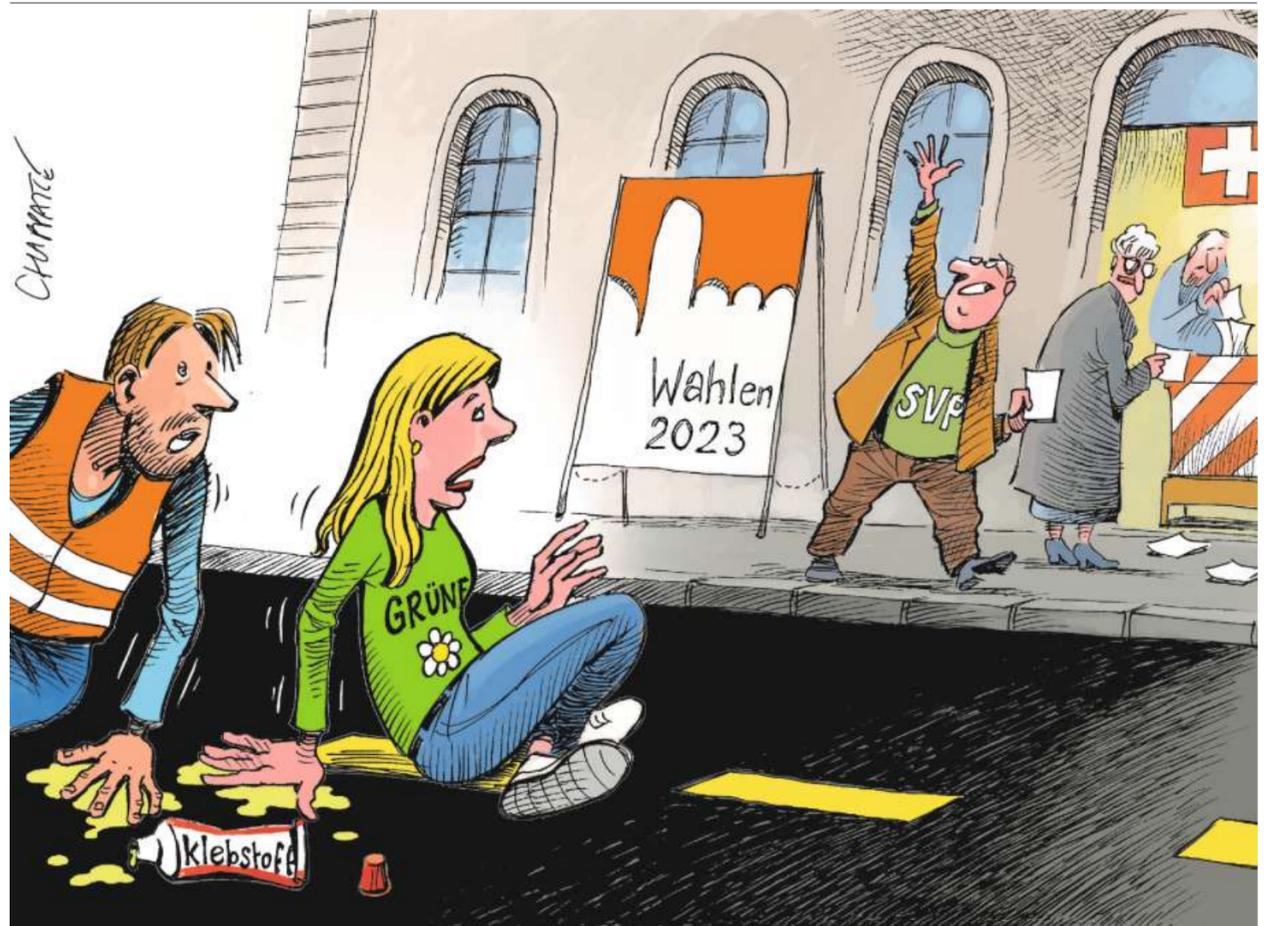
Jetzt also doch: Die Grünen treten an. Sie wollen in den Bundesrat. Und greifen dafür den zweiten FDP-Sitz an, wie sie gestern Samstag mitteilten. Das Unterfangen dürfte chancenlos sein: Die Grünen konnten ihren historischen Wahlerfolg von 2019 nicht wiederholen. Im Gegenteil. Sie verloren 5 der 17 Sitze, die sie vor vier Jahren dazugewonnen hatten. Von den zwei FDP-Bundesräten tritt keiner zurück. Die im Parlament erstarkte Rechte wird die Grünen auflaufen lassen. Ist der Angriff deshalb politischer Irrsinn? Mitnichten. Die Grünen wissen haargenau, dass sie keine Chance haben. Ihnen geht es um etwas anderes. Sie, die in Bundesbern oft belächelt werden für ihre Zurückhaltung und ihr Zögern, wollen zeigen, dass sie dazugelernt haben. Dass sie diesmal bereit sind, aufs Ganze zu gehen. Ihre Botschaft ans Parlament – und ihre Basis – ist dreifach: Wir bleiben hartnäckig. Das Klima gehört in den Bundesrat. Die Zauberformel ist tot. Indem sie antreten, halten sie die Diskussion zur Übervertretung der FDP am Laufen. Und sollten sie am 13. Dezember wie erwartet leer ausgehen, können sie immer noch sagen: Ihr wollt uns nicht im Bundesrat, dann bleibt uns nur noch der Gang in die Opposition. *Andrea Kučera*

Kunsthhaus Zürich

Der Streit wird bleiben

Es knallt wieder einmal im Kunsthaus Zürich: Der wissenschaftliche Beirat der neuen Bührle-Ausstellung tritt kurz vor deren Eröffnung geschlossen zurück. Offenbar waren sich Kunsthaus und Beirat nicht einig darüber, welches Gewicht die Biografien früherer jüdischer Eigentümer der Bilder erhalten sollen. Der unerwartete Bruch ist ein Symptom dafür, wie sehr um die Deutung der Sammlung des Waffenfabrikanten Emil Bührle gerungen wird. Kunst kann sich da nicht länger in die Sphäre des Schönen zurückziehen, sondern muss sich ihrem gesellschaftlichen und historischen Kontext stellen. Dass die neue Direktorin des Kunsthauses sagt: «Debatte ist Teil dieser Ausstellung», ist ein Anfang. Nun muss sie das auch einlösen. *Martina Läubli*

Chappatte



Der externe Standpunkt

Ideen- statt Steuerwettbewerb: Neue Rezepte für die Schweiz

Die Erfolgsfaktoren der Schweiz im internationalen Wettbewerb beginnen zu erodieren – eine konsequente Innovationspolitik wäre eine gute neue Standortstrategie, **schreibt Balz Hösly**

Noch steht die Schweiz ganz oben auf den internationalen Ranglisten der wettbewerbsfähigsten und innovativsten Länder. Und gilt dazu auch noch als Lebensraum von höchster Qualität. Dieser Erfolg ist vor allem vier Faktoren zu verdanken: 1. der Innovationskraft der Wirtschaft mit den dazu nötigen Fachkräften. 2. der Kombination von Schweizer Verlässlichkeit, Qualität und Wirtschaftsfreundlichkeit. 3. schlauen Handelsverträgen mit anderen Staaten – vorab den bilateralen Verträgen. 4. der Steuerpolitik, welche für grössere und kleinere, aber auch für international tätige Unternehmen attraktiv war.

Die bisherigen Erfolgsfaktoren des Wirtschaftsstandortes Schweiz beginnen allerdings zu erodieren. Obwohl unübersehbar ist, dass die bilateralen Verträge mit der EU nicht mehr entwicklungsfähig sind, gibt es keinen spürbaren Konsens über eine neue wirtschaftliche Basis zwischen der Schweiz und Europa. Eine harte Konsequenz davon ist der Ausschluss der Schweiz vom EU-Forschungsprogramm «Horizon»: Dies gefährdet den Innovationsstandort und die Attraktivität der Schweizer Hochschulen als international vernetzte Forschungsplätze. Dazu wird die Personenfreizügigkeit mit der EU mit Wachstums-Schreckensvisionen verzerrt; international tätige Unternehmen sind darüber mehr als nur besorgt. Sodann haben sich grosse Länder mit der OECD-Mindeststeuer gegen kleine und effiziente Märkte durchgesetzt. Das verhindert einen wirksamen Standortwettbewerb über die Höhe von Unternehmenssteuern. Und nicht zuletzt leidet der wirtschaftsfreundliche Ruf der Schweiz durch eine fortschreitende Bürokratie in Bund, Kantonen und Gemeinden.

In der politischen Debatte werden aber verschiedene Aspekte unseres Wohlstandes ausgeblendet oder verdrängt: So ist die Schweiz eine Exportnation, bei der das regionale Gewerbe stark von den Zulieferketten

von erfolgreichen internationalen Unternehmen abhängig ist. Diese Unternehmen, von denen zahlreiche ihre Niederlassungen hier aufgrund von Steuerstrategien etablierten, die nicht mehr praktikabel sind, haben heute Alternativen. Vergessen wird, dass die Schweiz nach der Ablehnung des EWR 1992 zehn Jahre lang das Schlusslicht in der Entwicklung aller OECD-Staaten war und mangels einer Europastrategie in einer Investitions- und Wachstumskrise steckte. Erst die bilateralen Verträge mit der EU brachten Wachstum und Jobs zurück.

Heute werden alle Ausländer als «Zuwanderer» in einen Topf geworfen und oft auch als Sündenböcke für eigene helvetische Unzulänglichkeiten gebrandmarkt. Qualifizierte ausländische Talente sind aber unabhängig für den Innovationsstandort. Sie finanzieren auch unsere Sozialwerke zu einem guten Teil mit. Ohne wertvolle ausländische Arbeitskräfte hätten auch das Gesundheitswesen, das Gastgewerbe und

die Landwirtschaft ein Problem. Trotz all diesen Faktoren wird die Standortpolitik heute durch Entwicklungskepsis statt durch eine zukunftsorientierte Vorwärtsstrategie dominiert.

Im Wirtschaftsraum Zürich, der sogenannten Greater Zurich Area, fokussiert die von neun Kantonen und der Privatwirtschaft getragene Standortmarketing-Organisation GZA AG ihre internationale Marktbearbeitung auf Innovationstechnologien und setzt dabei auf vorhandene Stärken. Die Innovationstreiber sind sechs technologische Ökosysteme: mobile Robotik, Finanztechnologien und Blockchain, Nahrungsmittel-, Informations-, Gesundheits- und 4.0-Produktionstechnologien. In diesen Geschäftsfeldern werden die meisten neuen Jobs geschaffen. Die hier Beschäftigten haben einen grossen Wert auf dem Arbeitsmarkt. Diese Technologien prägen den Strukturwandel und sind dank ihrer hohen Wertschöpfung auch weniger steuersensitiv.

Hier geht es nicht um quantitatives Wachstum auf Teufel komm raus, sondern um eine ressourcenschonende und nachhaltige Entwicklung. Je erfolgreicher diese Ökosysteme sind, desto langfristiger bleiben die Unternehmen und sichern den regionalen Wohlstand. Die hier arbeitenden Menschen schätzen die Lebensqualität des Standortes für sich und ihre Familien. Von ihnen als Steuerzahler profitiert der Staat ebenso wie das lokale Gewerbe, weil sie gute Konsumenten sind.

Die auf Innovation ausgerichtete Strategie der GZA ist übrigens auch ein optimaler Lohnschutz, weil sie darauf abzielt, für die Region wertvolle Unternehmen nachhaltig anzusiedeln. Könnte dies nicht auch ein Ansatz sein für eine neue Standortstrategie der Schweiz? Verblässende Erfolgspositionen mit protektionistischen Sandsäcken und mehr Regulierung zu sichern, ist der schlechtere Weg, als wirtschaftliche Brücken zur Stärkung des Standortes zu bauen.

Balz Hösly



Balz Hösly, 65, präsidiert den Verwaltungsrat der Greater Zurich Area AG, der Standortmarketing-Organisation für den Wirtschaftsraum Zürich, dem heute neun Kantone angehören. Hauptberuflich ist Hösly als Fachanwalt und Mediator spezialisiert auf Erbrecht und Familienunternehmen.